V-6 Solidarität mit Rojava – Türkische Kriegsverbrechen stoppen!

Antragsteller*in: Anton Hensky
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Der Länderrat der GRÜNEN JUGEND möge beschließen:

Die GRÜNE JUGEND verurteilt die systematischen Angriffe der türkischen Armee und ihrer verbündeten islamistischen Milizen auf die Zivilbevölkerung in Nord- und Ostsyrien (Rojava) aufs Schärfste. In den letzten Wochen wurden schwerste Kriegsverbrechen dokumentiert:

- Gezielte Hinrichtungen von Verwundeten in Krankenhäusern von Minbic
- Luftangriffe auf Krankenwagen und medizinische Einrichtungen
- Bombardierung ziviler Ziele durch türkische Drohnen, bei denen allein in 48 Stunden mindestens 31 Zivilist*innen getötet wurden
- Systematische Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und Verbrennung von Leichen
- Ermordung ganzer Familien einschließlich Kindern durch Drohnenangriffe auf Dörfer bei Ain Issa

Diese Angriffe richten sich gezielt gegen die demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, die sich seit Jahren für Geschlechtergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und ein friedliches Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen einsetzt. Die Region spielte eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den IS und entwickelte mit der Frauenrevolution von Rojava ein Vorbild für feministische Selbstorganisation im Nahen Osten.

Wir erklären uns solidarisch

- Mit der Zivilbevölkerung in Rojava, die trotz schwerster Angriffe an ihrer Vision einer demokratischen, feministischen und ökologischen Gesellschaft festhält

- Mit den demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen, die auch unter Kriegsbedingungen die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen
- Mit den Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), die ihre erkämpften Freiheiten gegen patriarchale Gewalt verteidigen
- Mit der Bevölkerung von Minbic, Kobane und anderen Städten, die sich gegen die Rückkehr dschihadistischer Gruppen zur Wehr setzen

Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere die grünen Minister*innen auf

1. Die türkischen Kriegsverbrechen klar als solche zu benennen und zu verurteilen 2. Alle Waffenexporte an die Türkei sofort zu stoppen

3. Sich auf EU-Ebene für gezielte Sanktionen gegen die Türkei einzusetzen

4. Die Listung der "Syrischen Nationalarmee" (SNA) als Terrororganisation zu prüfen

5. Sofortige humanitäre Hilfe für die Region bereitzustellen:

- Medizinische Notversorgung und mobile Krankenstationen
- Winterfeste Unterkünfte und Heizmaterial
- Nahrungsmittel und Trinkwasserversorgung
- Psychosoziale Betreuung für Kriegsopfer

6. Die demokratische Selbstverwaltung als Verhandlungspartnerin anzuerkennen und diplomatisch zu unterstützen

7. Sich für eine unabhängige internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen einzusetzen

Wir fordern die türkische Regierung auf

1. Alle Angriffe auf zivile Ziele sofort einzustellen

2. Die Unterstützung von Milizen, die Kriegsverbrechen begehen, zu beenden

3. Einen sicheren humanitären Korridor für Flüchtlinge zu gewährleisten

4. Das Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilist*innen und Verwundeten einzuhalten

Begründung

Das Schweigen der internationalen Gemeinschaft zu den türkischen Kriegsverbrechen ist unerträglich. Als GRÜNE JUGEND stehen wir an der Seite derjenigen, die für Demokratie, Feminismus und ökologischen Wandel kämpfen. Die demokratische Selbstverwaltung in Rojava hat gezeigt, dass ein friedliches Zusammenleben verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen möglich ist. Dieses Projekt wird nun durch türkische Angriffe und islamistische Milizen bedroht. Mit der Beteiligung an der Bundesregierung tragen die Grünen eine besondere Verantwortung. Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung müssen sofort gestoppt und die Kriegsverbrechen aufgeklärt werden. Deutschland muss als NATO-Partner der Türkei seinen diplomatischen Einfluss geltend machen und darf nicht länger zu den systematischen Völkerrechtsverletzungen schweigen